

Entschließungsantrag **der Fraktion der SPD**

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1989

hier: Einzelplan 09

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft
— Drucksachen 11/2700 Anlage, 11/3209, 11/3231 —

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Selbständige in Handel, Handwerk, in den freien Berufen und in den kleinen und mittleren Unternehmen sind ein unverzichtbares Element unserer Wirtschaft. Sie erwirtschaften rund 50 Prozent unseres Sozialprodukts, sie beschäftigen rund 66 Prozent aller Arbeitnehmer und sie erbringen über 80 Prozent der beruflichen Ausbildung. Die Leistungen der kleinen und mittleren Unternehmen für die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, für die Erschließung von Zukunftsmärkten, für den Wettbewerb und vor allem für die berufliche Ausbildung und für den Arbeitsmarkt sind unverzichtbar. Dies gilt ganz besonders im Hinblick auf die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Neue Arbeitsplätze sind in den zurückliegenden Jahren ganz wesentlich in Betrieben unter 50 Beschäftigten entstanden, während gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten in den größeren und vor allem in den ganz großen Betrieben kontinuierlich abnahm. Angesichts dieser Bedeutung ist die Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen und die Stärkung der Bereitschaft zur Unternehmensgründung gesellschaftlich und gesamtwirtschaftlich wünschenswert und notwendig.

Die drastische Kürzung der finanziellen Mittelstandsförderung in der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung von 1987: 1,1 Mrd. DM auf 1992: 485 Mio. DM führt zusammen mit den jetzt zusätzlich beschlossenen, gezielten Minderausgaben im Einzelplan 09 in Höhe von voraussichtlich 42 Mio. DM und der vorgesehenen globalen Minderausgabe von voraussichtlich 270 Mio. DM im Einzelplan 09 zu einer substantiellen Auszehrung der Mittelstandsförderung. Die Einstellung bzw. Kürzung dieser Programme ist sachlich falsch und nicht zu rechtfertigen.

Geboten ist vielmehr, die Förderprogramme fortzuführen bzw. wiederaufzunehmen und sie darüber hinaus qualitativ weiter zu entwickeln.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die globalen und gezielten Kürzungen im Bundeshaushalt 1989, insbesondere im Einzelplan 09, zurückzunehmen,
2. die drastische Kürzung der finanziellen Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen in der mittelfristigen Finanzplanung rückgängig zu machen und eine sachgerechte Finanzierung dieser Förderung für die nächsten Jahre auf Dauer sicherzustellen.

In diesem Zusammenhang ist vor allem erforderlich:

- Das Personalkostenzuschußprogramm für Personalaufwendungen für Forschung und Entwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen, das 1988 eingestellt wurde, muß wieder aufgenommen werden.
- Das Eigenkapitalhilfeprogramm zur Gründung selbständiger Existenzen, das in drei Jahren auslaufen soll, muß unbefristet fortgeführt werden; die Förderung bei der Übernahme von Betrieben muß weiterhin erhalten bleiben; die Konditionen des Programms dürfen nicht zu Lasten potentieller Existenzgründer verändert werden.
- Die Förderung der Leistungssteigerung in Handwerk, Handel, Fremdenverkehrsgewerbe, kleinen und mittleren Unternehmen der Industrie, des Verkehrsgewerbes und im sonstigen Dienstleistungsgewerbe sowie die Förderung der Beratung von Existenzgründern darf nicht gekürzt werden; die Förderung ist bedarfsgerecht finanziell auszustatten und qualitativ weiter zu entwickeln; Umweltschutzmaßnahmen, Technologietransfer und Probleme des europäischen Binnenmarktes sind in die Beratungsförderung einzubeziehen; die Richtlinien für die Inanspruchnahme der Beratung dürfen nicht erneut zu Lasten kleiner und mittlerer Unternehmen verschlechtert werden.
- Freie Berufe sind in die Ansparförderung zur Unterstützung von Existenzgründungen einzubeziehen; für Unternehmensneugründungen im Forschungs- und Entwicklungsbereich ist die Ansparförderung zu verdoppeln; bei Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze ist eine Bürgschaft für Investitionsdarlehen in Höhe der angesparten Eigenkapitalsumme anzubieten.

Bonn, den 23. November 1988

Dr. Vogel und Fraktion